

Pressemitteilung vom 25.05.2009 - 13.00 Uhr

Erörterungstermin zum Vorhaben der Fa. Lang Papier, Ettringen

Befangenheitsantrag im Namen der Bürgerinitiative Gesundes Wertachtal und des Bund Naturschutz in Bayern an Oberregierungsrätin Doris Back.

Verhalten des Landratsamtes enttäuschend: Landrat entzieht sich seiner Verantwortung

(Mindelheim, 25.05.2009) Mit großer Enttäuschung haben die rund 300 anwesenden Einwender in der Dreifach-Turnhalle des Maristenkollegs feststellen müssen, dass Landrat Joachim Weirather dem Erörterungstermin am Montag 25.03.2009 ferngeblieben ist. „Ein Landrat, in dessen Landkreis die drittgrößte Müllverbrennungsanlage Bayerns mit einer Rauchgasreinigung, die weit unter den technischen Möglichkeiten bleibt, errichtet wird und der sich nicht für die Anliegen seiner Bürgerinnen und Bürger interessiert, entzieht sich seiner Verantwortung“, so Dr. Joachim Herbold, Sprecher der Bürgerinitiative Gesundes Wertachtal e.V.

Auf große Kritik traf von Anfang an die Leitung des Erörterungstermins durch Oberregierungsrätin Doris Back. Während die meisten Genehmigungsbehörden in Deutschland heute eine Strategie der Deeskalation verfolgen und die Anliegen der Bürger sehr ernst nehmen, setzte das Landratsamt Unterallgäu auf Konfrontation, so die Bürgerinitiative. So hat das Landratsamt ohne weitere Rücksprache mit den Einwendern die Fragen der Toxikologie auf den Mittwoch gelegt. Der vom Verein Gesundes Wertachtal eindringlich und frühzeitig vorgetragene Bitte, doch zu berücksichtigen, dass ihr Gutachter für Toxikologie gerade an diesem Mittwoch nicht anwesend sein könne und ihm doch dafür am Dienstag Rederecht einzuräumen, hat sich das Landratsamt im Vorfeld hartnäckig entzogen. Trotz großer Proteste aus dem Saal wollte Frau Back am Morgen des ersten Erörterungstages dieser Bitte erneut nicht stattgegeben.

Nachdem auch keinerlei Bereitschaft von Seiten des Landratsamtes signalisiert wurde, die strittige Frage nach dem Antragsteller und des zukünftigen Betreibers der Anlage zu klären, stellte Rechtsanwalt Wolfgang Baumann im Namen der Bürgerinitiative und des Bund Naturschutz in Bayern e.V. den Antrag auf Befangenheit im Sinne von Artikel 21 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes. Oberregierungsrätin Back wurde gegen Mittag als Leiterin des Erörterungstermins durch Anwalt Wolfgang Baumann abgelehnt, da „Zweifel an ihrer unparteiischen Amtsausführung bestehen und eine derartig einseitige Verhandlungsleitung den Einwendern nicht zuzumuten ist“. Auch ihre Weigerung, eine detaillierte Tagesordnung festzulegen und die ungleiche Behandlung des von ihr favorisierten Prinzips der fortlaufenden Erörterung zugunsten der Antragsteller sowie die willkürliche Festlegung der Erörterung der Toxikologie auf Mittwoch dokumentieren nach Auffassung von Rechtsanwalt Baumann die Einseitigkeit der Verhandlungsleiterin.

„Es hat sich mehrfach eindeutig gezeigt, dass das Landratsamt zu Lasten der Betroffenen entscheidet,“ so das Fazit des Anwalts. An Frau Back gerichtet: „Sie sind nicht bereit, die Rechte der Betroffenen zu wahren. Sie messen hier mit zweierlei Maß und haben keinerlei Interesse an Erkenntnisgewinn. Sie wahren nicht das nötige Maß an Objektivität.“